

# In der Schweiz jubelte niemand

Die Entstehung der EWG mit ihrem Binnenmarkt stellte die Schweiz vor ein Problem.




---

Alan Cassidy  
Inlandredaktor  
@A\_Cassidy 23.03.2017

---

Während sie die Römischen Verträge unterschrieben, sah die Schweiz zu und schimpfte: Luxemburgs damaliger Aussenminister Joseph Bech (l.) und Luxemburgs Untersekretär für auswärtige Angelegenheiten Albert Schaus (r.) Bild: Keystone

Natürlich wusste man in der Schweiz, dass es historisch war, was sich in jenen Märztagen des Jahres 1957 in Rom zutrug. Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), die Schaffung eines europäischen Binnenmarktes: Hier entstand etwas, was in Europa noch wenige Jahre zuvor undenkbar gewesen war. In der Schweiz sah man zu – und man schimpfte.

Als «heftig und negativ» fasste der Politologe Dieter Freiburghaus die Reaktionen auf die Römer Verträge in seinem Standardwerk zur Schweizer Europapolitik zusammen. Aus Sicht der Schweiz stand die supranationale EWG mit ihren sechs Gründungsmitgliedern für alles, was man selber ablehnte: Sie war zentralistisch, interventionistisch, bürokratisch – und protektionistisch gegenüber Nichtmitgliedern.

Es war die Zeit, als die Europapolitik der Schweiz noch von wenigen Männern gestaltet wurde, vor allem von zweien: Hans Schaffner leitete die mächtige Handelsabteilung im Volkswirtschaftsdepartement. Sein Mitstreiter war Heinrich Homberger, Direktor des ebenso mächtigen Wirtschaftsverbands Vorort. Die Überzeugungen von Schaffner und Homberger waren auch jene der Schweiz: Man suchte mit bilateralen Verträgen die wirtschaftliche Zusammenarbeit von Land zu Land, aber vermied die politische Kooperation.

## Petitpierres Warnung an Europa

Bis 1957, bis zu den Verträgen von Rom also, war die Schweiz damit gut gefahren. Doch nun stellte sie die Gründung der EWG vor ein Problem. Die sechs Gründerstaaten waren die wichtigsten Handelspartner der Schweiz, beinahe 40 Prozent der Schweizer Exporte gingen in diesen Raum, davon allein 60 Prozent nach Deutschland. Wenn diese Länder nun untereinander eine Zollunion bildeten, dann

würden alle Drittstaaten zwangsläufig Wettbewerbsnachteile erleiden – darunter auch die Schweiz. Man befürchtete die wirtschaftliche Spaltung des Kontinents.

1/1

## Europäische Einigung: Vom Krieg zum Frieden

- 1950 Frankreichs Aussenminister **Robert Schuman** verkündet seinen Plan, die Kohle- und Stahlindustrien Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland zu vereinen, um einen weiteren Krieg unmöglich zu machen.
- 1951 Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Luxemburg, Italien und die Niederlande gründen in **Paris** die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die **Montanunion**.
- 1957 Die sechs Länder gründen in **Rom** die Wirtschaftsgemeinschaft **EWG**.
- 1960 Als Reaktion entsteht in **Stockholm** die Europäische Freihandelsassoziation **EFTA**, u.a. mit der **Schweiz**.
- 1976 Aus der EWG wird die **EG**, die Europäische Gemeinschaft.
- 1973 **Grossbritannien**, Irland und Dänemark treten der EG bei.
- 1981/86 Die früheren **Diktaturen** Griechenland, Spanien und Portugal sind jetzt auch in der EG.
- 1989/91 Die **Mauer** fällt, der Kalte Krieg endet, Deutschland wird vereinigt.
- 1992 Vertrag von **Maastricht**: Wirtschafts- und Währungsunion. Aus der EG wird die Europäische Union **EU**.
- 1999 Die Einheitswährung **Euro** wird eingeführt, zuerst als Buchgeld, am 1. Januar 2002 dann als Bargeld.
- 2004 Die ehemaligen kommunistischen Staaten in **Osteuropa** treten der EU bei, die neu 25 Mitglieder zählt.
- 2007 EU-Beitritt von Rumänien und Bulgarien.
- 2009 Der Vertrag von **Lissabon** tritt in Kraft. Er soll die EU demokratischer machen. **Kroatien** ist ab 2013 dabei.
- 2017 **London** startet mit der Umsetzung des im Vorjahr in einem Referendum beschlossenen EU-Austritts des Vereinigten Königreichs, kurz **Brexit**. (*chm*)



Der Bundesrat machte gegenüber den europäischen Nachbarn klar, was er von der neuen Organisation mit ihrem Binnenmarkt hielt: nichts. Im Oktober 1957 reiste Aussenminister Max Petitpierre an das Treffen des Ministerrats der **OECD**, der die Schweiz angehörte, **und legte dort seine Bedenken dar**. Es gebe keinen Zweifel, dass der Binnenmarkt eine grössere Einheit zwischen den beteiligten sechs Ländern herbeiführen werde, sagte der Freisinnige. «Aber dies erfolgt zum Preis des Bruchs

des wirtschaftlichen Zusammenhalts innerhalb des grösseren Europa. Was wir bisher erreicht haben, wird nun preisgegeben.»

Bundesrat Petitpierre meinte damit jene Handelsdiskriminierungen zwischen den europäischen Ländern, die man innerhalb der OECD in den Jahren zuvor abgebaut hatte. Um solche Diskriminierungen zu verhindern, arbeitete die Schweiz zu jener Zeit auf ein anderes Modell hin: eine grosse, europaweite Freihandelszone. Diese Idee verfolgten auch die Briten – sie scheiterte aber einige Jahre später am Veto des Franzosen Charles de Gaulle.

Die Schweiz reagierte, in dem sie sich in die viel kleinere Freihandelsassoziation Efta rettete. Ihr gehört sie noch heute an. Und auch die Skepsis gegenüber der EWG – der heutigen EU – ist noch immer die gleiche wie damals.

*Die Sammlung Diplomatische Dokumente der Schweiz (Dodis) hat [hier](#) ein Dossier zu den Verträgen von Rom zusammengestellt.*

(Tages-Anzeiger)

Erstellt: 23.03.2017, 11:07 Uhr